

Ein interner Untersuchungsbericht der israelischen Streitkräfte (IDF) zeigt eklatante Fehleinschätzungen und Versäumnisse vor dem Hamas-Angriff am 7. Oktober 2023. Die Bedrohung wurde jahrelang unterschätzt, Warnsignale ignoriert und strategische Fehler begangen.



IDF Sprecher RAdm. Daniel Hagari © IDF

Am 7. Oktober 2023 drangen 5000 Hamas-Terroristen an 114 Stellen durch die israelische Grenzanlage zum Gazastreifen, ermordeten 1200 Menschen und entführten 251. Ihnen standen lediglich 767 israelische Soldaten gegenüber. Die für das Gebiet zuständige Gaza-Division war faktisch zehn Stunden lang «besiegt», ihr Hauptquartier wurde überrannt, der Kommandant getötet. Erst am Abend des 9. Oktobers erlangten die IDF wieder die Kontrolle über die Grenzgebiete.

Die Armee ignorierte jahrelang Warnsignale. In dem [Bericht](#) heisst es auch, dass der militärische Geheimdienst fälschlicherweise davon ausgegangen sei, dass der inzwischen getötete Hamas-Chef Yahya Sinwar «pragmatisch» und nicht an einem grossen Krieg mit Israel interessiert sei. Bereits 2018 entdeckte sie Hamas-Pläne für einen Grossangriff, die 2022 erneut bestätigt wurden. Doch die IDF hielten einen Angriff dieser Grössenordnung für unrealistisch. Am Vorabend des Massakers gab es fünf Hinweise auf ungewöhnliche



Israels Armee räumt schweres Versagen am 7. Oktober 2023 ein

Aktivitäten der Hamas, darunter die Aktivierung zahlreicher israelischer SIM-Karten im Gazastreifen – diese wurden jedoch als unbedeutend abgetan.

Der Bericht dokumentiert die jahrelange Fehleinschätzung der Hamas und die strategische Fokussierung auf die Hisbollah und den Iran, während die Hamas-Aktivitäten unterschätzt wurden. Die IDF hatten ihre Aufklärungskapazitäten im Gazastreifen reduziert und rechneten maximal mit einem Angriff von 70 Kämpfern an acht Stellen – stattdessen überrannten Tausende die Grenze.

Bisherige Konsequenzen beschränken sich auf Rücktritte, darunter Armeechef Herzl Halevi. Die Rolle der Regierung unter Netanyahu wurde nicht untersucht, was Forderungen nach einer unabhängigen Untersuchungskommission laut werden lässt.